

turpolitischen Ziele der Sozialdemokratie absehen, und daß wir alle Anträge, die zu diesen Fragen heute dem Parteitag vorliegen, dem neuen kulturpolitischen Ausschuß überweisen, entweder um konkret im Sinne dieser Anträge zu wirken, oder aber diese Anregungen zu benutzen für die Ausarbeitung von programmatischen Richtlinien für die Arbeit der Partei auf diesem Gebiet.

Ich möchte zunächst bitten, daß der Parteitag die Anregung der Tagung in Erlangen, einen kulturpolitischen Ausschuß für die Gesamtpartei zu bilden, zum Beschluß erhebt. Wer dafür ist, daß der Parteivorstand beauftragt wird, diesen Ausschuß zu bilden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Dann schlage ich vor, daß wir aus den Gründen, die der Genosse Hennig und ich dargelegt haben, die Anträge 22 bis 25 diesem kulturpolitischen Ausschuß überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Die Gegenprobe bitte. — Es ist so beschlossen.

Ich möchte dann in Abweichung von den Vorschlägen des Genossen Hennig anregen, daß wir den Antrag 26, der im wesentlichen eine fürsorgliche Frage, vor allen Dingen in seinem entscheidenden ersten Teil, behandelt, dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. In einer ganzen Reihe von Städten und Ländern sind bereits auf diesem Gebiet Einrichtungen geschaffen, und es ist nützlich, daß im sozialpolitischen Ausschuß der Antrag daraufhin geprüft wird, welche praktischen Anregungen aus den Erfahrungen der praktischen Arbeit gezogen und der Gesamtpartei zugänglich gemacht werden können. Es heißt das nur, daß wir diesen Antrag möglichst an den Ausschuß bringen, der der Sache nach mit diesem Antrag konkreter und positiver verfahren kann, als etwa der kulturpolitische Ausschuß. Sind die Genossen und Genossinnen mit diesem Verfahren einverstanden? (Zustimmung.) Ich höre keinen Widerspruch; dann ist es so beschlossen.

Damit ist der Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen jetzt zum Punkt 6 a:

### Bericht über die agrarpolitische Kommission der Partei

Dazu hat der Genosse Herbert Kriedemann das Wort.

Herbert Kriedemann, Hannover: Genossinnen und Genossen! Man kann der Partei auch für frühere Perioden nicht den Vorwurf machen, daß sie das Agrarproblem nicht gesehen habe. Es ist immer ernsthaft diskutiert worden. Mit den Mitteln der marxistischen Methode hat man versucht, ihm zu Leibe zu gehen, und es hat zu allen Zeiten sehr beachtliche Agrarprogramme gegeben, wenn sie auch häufig ein Kompromiß zwischen theoretischer Erkenntnis und der Praxis dargestellt haben. Abgesehen davon ist auch die praktische Politik der Sozialdemokratie in bezug auf die Landwirtschaft durchaus beachtlich. Wenn man zum Beispiel weiß, was die preußischen Regierungen, die unter sozialdemokratischem Einfluß gestanden haben, an auch heute noch brauchbaren Gesetzen geschaffen haben, oder wenn man daran denkt, daß in der Praxis diese Preußen-Regierungen sehr viel mehr wirkliche Siedlungsarbeit geleistet haben als alle Nazis zusammen, dann wird man dem zustimmen.

Wenn sich dieses Bemühen unserer Partei auf dem Lande doch nicht in ausreichendem Maße ausgewirkt hat, wenn die Masse der ländlichen Bevölkerung auch in den Weimarer Jahren kein positives Verhältnis zur Sozialdemokratie gewinnen konnte, dann gibt es dafür gar keine sachlichen Gründe innerhalb der Sozialdemokratie, etwa in der Form einer Bauernfeindlichkeit oder im Mangel an Verständnis für landwirtschaftliche und agrarsoziale Probleme. Es liegt viel mehr daran, daß es die reaktionären Parteien immer verstanden haben, mit den Mitteln der Verleumdung und der Täuschung das Land für ihre politischen Zwecke zu monopolisieren. Es hat bekanntlich viele Dörfer gegeben, in denen man es sich zur

besonderen Ehre angerechnet hat, daß in ihnen niemals ein Sozialdemokrat reden durfte, und das kulturelle Niveau wurde bei vielen danach eingeschätzt, ob oder ob man nicht sozialdemokratische Flugblätter ins Haus genommen hat. Das Ergebnis dieser Monopolisierung der politischen Kräfte des Landes durch die bürgerlich-reaktionären Parteien ist dann eine völlig falsche Agrarpolitik gewesen, die ganz wesentlich zu der falschen politischen Entwicklung in Deutschland beigetragen hat. Der rückständigste — auch landwirtschaftlich gesehen — rückständigste Teil der deutschen Agrarier hat dabei den Ton angegeben. Man hat geradezu eine künstliche Not geschaffen, weil man einen Hintergrund für die reaktionäre Junkerpolitik in Deutschland brauchte. Das hat innerpolitische und außenpolitische Konsequenzen gehabt, und wir wissen alle, inwieweit diese Entwicklung dazu beigetragen hat, daß die Demokratie in Deutschland nicht fest genug eingepflanzt werden konnte. Daß es dann zum Schluß zu der Katastrophe des Nationalsozialismus und des Krieges kam, ist eindeutig auch darauf zurückzuführen.

Gegenüber diesem Tatbestand ist es uns allen klar, daß eine entscheidende Änderung herbeigeführt werden muß. Die Voraussetzung dafür ist eine Konzentration unserer Kräfte auf das Land und seine Probleme. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich hier nicht in erster Linie um ein Problem der Propaganda handelt. Wir könnten uns nicht damit begnügen, eben vor den Wahlen einmal mit den Bauern zu reden. Es handelt sich vielmehr um eine gründliche sachliche Arbeit, die dann vernünftig propagiert werden muß. Wir haben deshalb, und weil darüber hinaus auch im neuen Deutschland die Landwirtschaft eine ganz andere Rolle zu spielen hat, von Anfang an versucht, hier nachzuholen, was versäumt worden ist, und wir müssen auch auf diesem Gebiet die Lücke der zwölf Jahre so schnell wie möglich schließen.

Das haben wir im agrarpolitischen Ausschuß beim Parteivorstand angefangen. Ich will gern zugeben, daß es in ihm manchmal sehr heiß hergegangen ist. Es ist inzwischen auch gelungen, in sehr vielen Bezirken heute schon gut funktionierende bezirkliche Ausschüsse für Agrarpolitik zusammenzubringen, in denen nicht nur Theoretiker und nicht nur Verbraucher die Dinge vom Ernährungsstandpunkt aus ansehen, sondern in denen sozialdemokratische Bauern sitzen. Die Arbeit der Bezirksausschüsse und des zentralen Ausschusses ist ganz ohne Zweifel in der praktischen Agitation eine wertvolle Hilfe gewesen, und wir haben doch bei allen Wahlen, nicht zuletzt auch bei den Wahlen in der britischen Zone, feststellen können, daß den Sozialdemokraten ein echter Einbruch in ländliche Wählerkreise gelungen ist. Nicht nur die Flüchtlinge haben uns gewählt, sondern auch Bauern haben den Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben, und zwar nach unserer Meinung gerade deshalb, weil wir ihnen nicht zum Munde geredet haben, weil wir nicht im Liebeswerben konkurriert haben mit den Leuten, die sich immer als die Wortführer des Landvolkes besonders berufen fühlen. Wir haben das Vertrauen dieser Wählerkreise vielmehr dadurch gewonnen, daß wir ganz offen die Notwendigkeiten der Gegenwart ausgesprochen haben und weil wir dafür auch vernünftige Vorschläge aufzuweisen hatten.

Im Mittelpunkt dieser Dinge steht im Augenblick nun die Bodenreform. Wir haben sie auch ganz bewußt in den Mittelpunkt hineingestellt, weil sie nach unserer Meinung Ausgang für die neue Agrarpolitik ist, die wir in Deutschland brauchen, um unser Leben wieder in Ordnung zu bringen. Nachdem uns der Einbruch in bäuerliche Kreise gelungen ist und nachdem die Reaktionäre aller Schattierungen zu ihrem Schrecken haben erfahren müssen, wie ihnen dadurch Domänen verlorengegangen sind, deren sie sich ganz sicher wähhnten, ist nun der Kampf in ganzer Heftigkeit entbrannt, und die Leute haben ja auch allen Grund dazu. Wie sehr die Reaktion darauf aus ist, ihre Vormachtstellung auf dem Lande zu behalten, ja, darüber hinaus uns vom Lande mit allen Mitteln fernzuhalten, das zeigt sich ja auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Auf ein interessantes Detail bin ich heute noch von dem Genossen aus Westfalen aufmerksam gemacht worden. Auch Hugenberg ist aus der Schutzhaft entlassen worden, und so ziemlich das erste, was der gemacht hat, war, daß er seinen Anspruch auf sein Rittergut angemeldet hat.

Wir haben die Bodenreform an den Anfang der neuen Agrarpolitik gestellt, weil unserer Meinung nach der Mensch in der Landwirtschaft noch mehr als in allen anderen Teilen der Wirtschaft im Mittelpunkt auch der Produktion steht. Die Gegner reden immer mit Vorliebe über Kunstdünger und Maschinen, wenn von der notwendigen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gesprochen wird. Wir dagegen weisen darauf hin, daß es dann darauf ankommt, den Menschen in eine bessere Beziehung zu dieser Arbeit zu bringen. Unserer Auffassung nach soll der Boden in das Eigentum derjenigen kommen, die ihn tatsächlich bearbeiten. Darum können wir in der Bodenbesitzreform keine Kompromisse vertragen. Wir haben gerade auf diesem Gebiet uns auf eine gute Vorarbeit stützen können. Im agrarpolitischen Ausschuß beim Parteivorstand ist gemeinsam von den Vertretern aller Bezirke mit Genossen, die an die Dinge auch vom theoretischen Gesichtspunkt aus herangingen, der Gesetzentwurf für die Bodenbesitzreform erarbeitet worden. Sie haben ihn alle in Ihren Mappen vor sich liegen. Er unterscheidet sich sehr weit von alledem, was bisher in Deutschland über Bodenreform geredet, und noch viel mehr von dem, was bisher an Bodenreform gemacht worden ist.

Als damals im Osten von Deutschland die Bodenreform auf die Tagesordnung kam, haben auch hier im Westen, anfänglich sogar in unseren Reihen, viele gemeint, daß dort nun einmal etwas ganz Großes geschehe, hinter dem wir weit zurückbleiben würden. Wir haben schon damals demgegenüber eine völlig klare, d. h. eine entschiedene ablehnende Haltung eingenommen. Wir haben uns andererseits aber auch nicht identifiziert mit den sehr vorsichtigen Vorschlägen für eine „westliche“ Bodenreform nach dem Motto, den Bären zu waschen und seinen Pelz nicht naß zu machen. Wir haben deshalb auch wegen ihrer Unzulänglichkeit die Bodenreformversuche abgelehnt, die in der amerikanischen Zone zuerst in eine gewisse gesetzliche Form gegossen wurden. Auch in der Diskussion, die gerade in diesen Tagen in der britischen Zone aus Anlaß einer Vorlage der Kontrollkommission zur Bodenreform geführt wird, gehen wir nicht von den Formulierungen ab, die in unserem Bodenbesitzreformentwurf niedergelegt worden sind. Wir bleiben dabei, daß der Bodenbesitz, der in privater Hand ist, 100 ha nicht übersteigen darf. Wenn in unserem arm gewordenen Volk möglichst viele einen genügend großen Besitz behalten sollen, dürfen wir nicht einigen wenigen zuviel überlassen. Wir bleiben auch bei unseren Forderungen, daß man die Betriebe, die über diese Größe hinausgehen, im Ganzen wegnehmen muß. Denn für uns ist die Bodenreform ja keine politische Angelegenheit allein, wir sehen in ihr keine Strafexpedition, sondern wir wollen damit sehr praktische Zwecke erreichen, und wir meinen, daß dazu die Bodenreform ebenso unentbehrlich ist wie auf einem andern Gebiet die Sozialisierung.

Wir wollen z. B. den Vertriebenen, die einen berechtigten Anspruch darauf haben, wieder eigenen Boden unter die Füße zu bekommen, tatsächlich diesen Anspruch erfüllen. Wir wollen das in Formen tun, die die Ernährung unseres Volkes, die landwirtschaftliche Leistung aus eigenem Boden nicht gefährden. Die Widerstände sind außerordentlich groß, und wir haben keine Garantie, daß unsere Argumente, auch wenn sie sachlich nicht widerlegt werden können, sich gegenüber diesen klassenpolitischen Widerständen werden durchsetzen können. Aber das soll uns nicht veranlassen, auf Kompromisse irgenwelcher Art einzugehen.

Sehen Sie, es hat in Deutschland noch niemals eine Agrarrevolution gegeben. Was einmal bei der Bauernbefreiung als eine solche gedacht war, ist nachher auf dem Verwaltungswege in Wahrheit zur schlimmsten Agrarreaktion geworden. Nun liegt es vielen Menschen in Deutschland, ein bißchen zu sehr auf bequeme Lösungen zu hoffen, anstatt um richtige Lösungen zu kämpfen. Ich glaube, daß wir auch in unseren eigenen Reihen noch manch einen haben, der es ganz nicht finden würde, wenn die Bodenreform, um die hier in Deutschland bisher nie gekämpft worden ist, nun von der Besatzungsmacht „auf dem Verwaltungswege“ eingeführt würde. Unsere Gegner werden es uns aber nicht so leicht machen, und wir werden uns darauf gefaßt machen müssen, daß dieses Problem jetzt nicht gründlich gelöst

werden wird. Das heißt aber, daß es auf der Tagesordnung bleiben wird, bis es einmal mit anderen Mitteln gelöst wird. Ich beziehe mich dabei auf den Antrag Nr. 17 der Vorlage, in dem gefordert wird, man solle die Bodenreform ebenso wie die Sozialisierung zum Gegenstand einer Volksabstimmung machen. Ich glaube, wir sollten uns jetzt nicht im einzelnen darauf festlegen, wie wir die Bodenreform, ohne die wir die deutschen sozialen Verhältnisse nicht in Ordnung bringen können, gegen den Widerstand der Reaktionsäre durchsetzen sollen. Ich weiß nicht, ob das einmal mit den Mitteln einer Volksabstimmung geschieht. Es wäre mir persönlich schon sehr angenehm, wenn es auf eine so verhältnismäßig ordentliche Weise ginge. Wir wollen jedenfalls gegenüber all denen, für die die Spannungen, die sich aus der gegenwärtigen Unordnung ergeben, unerträglich geworden sind, keinen Zweifel daran lassen, daß wir Sozialdemokraten auch zu anderen Mitteln bereit sind, wenn es unsere Gegner billiger nicht haben wollen. (Sehr gut!) Wie alle versäumten Revolutionen muß auch die deutsche Agrarrevolution nachgeholt werden.

Zur positiven Agrarpolitik gehört noch mehr als die Bodenreform. Allen denen, die sich ernsthaft mit dem Problem befassen, fällt es sogar sehr schwer, aus dem ganzen Umfang der Agrarreform die Bodenreform als ein Detail herauszunehmen. Wir wissen auch zu den anderen Themen noch einiges zu sagen. Wir sind der Meinung, daß es für die gesamte Volkswirtschaft darauf ankommt, die Landarbeit — ganz egal, wer sie leistet, ob Bauer oder Landarbeiter — produktiv und sinnvoll zu machen. Wir können uns nach dieser Katastrophe keine Landwirtschaft leisten, die nicht wirklich ein gesundes Glied der Volkswirtschaft ist, wie es auch in der Resolution heißt: Ich habe vorhin schon gesagt, daß die falsche Agrarpolitik im wesentlichen darin bestanden hat, eine künstliche Not zu erzeugen, um die Bauern zum willigen Vorspann für die Großen zu machen. An den Folgen dieser falschen Agrarpolitik, die ihren Höhepunkt in den Erzeugungsschlächtereien der Naziagrarpolitik gehabt hat, ist unsere Landwirtschaft gefährlich erkrankt.

Heute steht die Frage ja meistens noch so: Inwieweit kann die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk ernähren? Daß die Dinge so auf die Ernährung, auf die Ablieferung zugespielt werden, hat mit dazu beigetragen, daß auch in unseren Kreisen die Diskussionen manchmal ein bißchen sehr heftig geführt worden sind. Es wird eine Zeit kommen, in der die Frage ganz anders aussehen wird, nämlich so: Inwieweit kann das deutsche Volk seine Landwirtschaft ernähren? Darauf müssen wir gefaßt sein. Noch ehe unsere Landwirtschaft ohne die künstlichen Hilfen der Schutzzölle und ähnlicher Einrichtungen in die Weltagrarwirtschaft einbezogen wird, müssen wir sie wirklich gesund gemacht und ihre wirtschaftliche Kraft gut in Ordnung gebracht haben.

Bäuerliche Arbeit muß sinnvoll gemacht werden für den Bauern, aber auch für die Volkswirtschaft. Wir müssen uns also zu Wortführern aller derjenigen machen, die sich für die Modernisierung und die Intensivierung der Landwirtschaft einsetzen. Wir müssen diesen Menschen — und wir haben in unseren eigenen Reihen genug von ihnen — mit politischen Mitteln die Wege freikämpfen, die ihnen heute noch versperrt sind, weil ja noch immer die Kräfte, die die alte Agrarpolitik getrieben haben, fest im Sattel sitzen. Um nämlich reaktionsäre Agrarpolitik treiben zu können, braucht man nicht Herr über ein paar tausend Morgen irgendwo im Osten zu sein. Hier mitten im Herzen von Deutschland, in allen deutschen Ländern gibt es genügend Vertreter dieser Auffassung, die bloß sechshundert Morgen haben, und die können es auch ganz gut. Es gibt außerdem noch eine hinreichende Anzahl von solchen Vertretern, die überhaupt keinen Quadratmeter Land selbst besitzen, aber in der Verwaltung dafür sorgen, daß der alte Ungeist nicht ausstirbt.

Diese Widerstände zu überwinden, den Männern und den Methoden die Bahnen zu eröffnen, die zur Modernisierung, zu einer vernünftigen Intensivierung unserer Landwirtschaft führen, ist insbesondere sozialdemokratische Aufgabe. Wir erfüllen damit auch einen wichtigen politischen Zweck. Bauern, deren Wirtschaften in Ordnung sind, wählen nämlich nicht reaktionsär. Wenn man immer wieder darauf

hinweist, daß in den typischen Bauernländern rund um Deutschland, z. B. in Dänemark und Holland — das sind ja die beliebten Beispiele —, die Bauern ganz und gar nicht reaktionär, sondern demokratisch sind, dann findet das seine Erklärung darin, daß es dort auch nicht so eine Pensionärländwirtschaft, so eine Hungerleiderlandwirtschaft gibt wie in Deutschland. Und wenn wir solche merkwürdigen Erscheinungen, wie etwa die Niedersächsische Landespartei, aus der Welt schaffen wollen — und die müssen wir aus der Welt schaffen, wenn wir in Deutschland vernünftige Politik machen wollen —, dann müssen wir ihnen den Boden entziehen, den sie bisher in der notleidenden Landwirtschaft immer noch finden.

Darüber hinaus Genossen: Das Land ist für unsere Partei ein Kräfte-reservoir, dessen Umfang heute noch gar nicht richtig abgeschätzt wird. Es lohnt sich schon, wenn wir uns darum bemühen. Es ist nicht ausreichend, daß wir uns gegenüber den Problemen und Menschen, die damit zu tun haben, wohlwollend neutral verhalten. Nein, wir müssen sehr aktiv werden. Ebenso wichtig wie z. B. die kommunalpolitische Arbeit ist die Arbeit der Agrarpolitiker in der Partei, in der Theorie, aber auch in der Praxis. Wir haben Veranlassung genug, Mut zu haben. Ich sagte, uns ist schon ein echter Einbruch gelungen. (Zuruf: Wie willst Du das beweisen?) — Das beweise ich mit den Wahlziffern. (Zuruf: Das ist ja unmöglich!) — Das ist gar nicht unmöglich. Schaut Euch einmal einige Bezirke, z. B. gerade den Bezirk Hannover an, wo wir in durchaus rektionären Bezirken den Reaktionären Sitze streitig gemacht und weggenommen haben, und zwar dadurch, daß wir mit den Bauern geredet haben. Der Zwischenruf veranlaßt mich, ausdrücklich zu sagen: Die Bauern sind keine reaktionäre Masse. Laßt ja nicht bei uns jetzt etwa diese Vorstellung wieder Boden gewinnen. Bauer ist nicht Bauer. Es ist zwar aus dem Nationalsozialismus übriggeblieben, daß man sich, auch wenn man noch niemals eine Mistforke in der Hand gehabt hat, der Ordnung halber oder, weil das einen so guten Eindruck auf die Leute macht, Bauer nennt. Derjenige, der tatsächlich seinen Acker selbst bestellt, der Besitzer eines Familienbetriebes, der mit seiner und seiner Familie Arbeitskraft seine Wirtschaft betreibt, der muß nicht notwendigerweise reaktionär sein. (Zwischenruf: Aber konservativ!) Nun ja, konservativ. Die Frage ist ja, wie weit wir ihn aus dieser Enge herausholen, wenn wir einmal mit ihm reden, und darauf kommt es an.

Die Bauern haben inzwischen erfahren, weil wir es immer wieder gesagt haben, daß sie ihren Problemen nicht dadurch beikommen können, daß sie den Kopf in den Sand stecken. Sie wissen in zunehmendem Maße, in welcher Gefahr auch sie sich befinden. Es gibt eine ganze Masse vernünftiger Leute unter ihnen. Laßt Euch das bitte von den Genossen sagen, die den ernsthaften Versuch gemacht haben, mit Bauern zu reden, und zwar vernünftig mit ihnen zu reden. Die Zahl der vernünftigen Bauern nimmt durchaus zu. Es hängt von uns ab, in welchem Tempo sie zunimmt. Sie wissen, daß sie mit uns zusammen allein die Chance haben, der Katastrophe zu entgehen, die sich unweigerlich über sie ergießen wird, wenn eine so sture Politik gemacht wird, wie es die Besitzverteidiger tun, die immer nur nein und nein sagen wollen.

Wir werden es so, wie wir angefangen haben, mit den Bauern weitermachen. (Zuruf.) — Ich spreche durchaus aus der Praxis, und ich hoffe, daß der eine oder andere, der hier auch aus der Praxis redet, noch einiges dazu sagen wird. Die Grundlage aber muß Vertrauen sein.

Ich will noch einmal zum Schluß sagen, was ich am Anfang gesagt habe: Es ist in Wirklichkeit gar kein Problem der Propaganda. Es kommt nicht etwa darauf an, daß wir versuchen, ob wir die Bauern nicht besser dumm machen können als ihre bisherigen Verführer. Sie haben ja jetzt hinreichend Gelegenheit, am eigenen Leibe zu erfahren, was es sie gekostet hat, daß sie sich so leicht haben über den Löffel barbarisieren lassen. (Zuruf: Bis jetzt noch nichts!) Sie merken, was es sie kostet, daß sie sich so vor den Wagen haben spannen lassen, der mit dem Besitzerinteresse geladen war. Wir müssen ihnen die Sorgen nehmen, daß wir uns in die Rolle der Betrüger und Baueranfänger einschleichen wollen. Wir müssen offen mit

ihnen reden. Und welche Partei könnte das besser als die Sozialdemokratische Partei? Auch die Menschen, die auf dem Lande leben, gehören zu den arbeitenden Menschen, und ich hoffe, daß sich diese Auffassung überall durchsetzt. Wir brauchen nämlich das Vertrauen der Bauern, wie wir das Vertrauen aller arbeitenden Menschen brauchen. Wir würden uns ein großes Feld, auf dem eine Saat steht, die jetzt für uns reif wird, selber versperren, wenn wir etwa hier lapidar erklären würden, daß mit den Bauern nichts anzufangen sei, daß sie eine reaktionäre Masse seien, unsere geborenen Feinde. Nein, Genossen, auch auf dem Lande gibt es eine Sorte von Menschen, mit denen für Sozialdemokraten keine Verständigung, geschweige denn eine Freundschaft möglich ist, aber es ist auf dem Lande auch so, daß der weitaus größere Teil in Wahrheit zu uns gehört. Ihnen das klar zu machen, ist Ziel und Aufgabe unserer Agrarpolitik. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loffmann*: Zur Diskussion stehen nunmehr die Anträge Nr. 18, 19 und 21, außerdem in Vorlage Nr. 6 Antrag Nr. 44.

Als erster Redner hat das Wort Genosse *Kaisen*, Bremen, ihm folgt *Ludwig Bodenbender*, Frankfurt a. M.

*Wilhelm Kaisen*, Bremen: Genossen und Genossinnen! Ich kann es nicht unterlassen, den Bericht des agrarpolitischen Ausschusses einer ernsthaften Kritik zu unterziehen. (Sehr gut!) Denn das, was uns von der Arbeit des agrarpolitischen Ausschusses berichtet wurde, ist an dem Wesentlichen vorbeigegangen. Das wichtigste Problem, daß wir heute im agrarpolitischen Ausschuss zu lösen haben, ist das Problem der Ernährung, und es wäre endlich an der Zeit, daß der agrarpolitische Ausschuss entsprechende Vorschläge beibringt, die man den Landtagsfraktionen überweisen kann, damit Gesetze geschaffen werden, die die Ernährung erfassen und vertiefen.

Genossen! Ich spreche hier nicht als Städter, ich spreche als Vertreter eines Landbezirkes. Das, was ich hier sage, daß wir dafür sorgen, daß die auf dem Lande erzeugten Güter erfaßt und gerecht verteilt werden, entspricht der Forderung der Kleinbauern, der Pächter, der Siedler und der Heuerleute. Diese Leute sind daran interessiert, daß gesetzliche Unterlagen geschaffen werden, durch die es den Großbauern unmöglich gemacht wird, diese enormen Mengen von Nahrungsmitteln zu verschleiben, und durch die erreicht wird, daß diese Nahrungsmittel endlich den Verbrauchern zugeführt werden.

Wenn Genosse *Kriedemann* davon sprach, daß wir einen Einbruch in das Land vollzogen haben, so ist das nicht auf die Unterstützung durch den agrarpolitischen Ausschuss zurückzuführen, sondern in erster Linie darauf, daß die kleinen Funktionäre sich selbst bemüht haben, in das Landvolk Eingang zu finden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der der Demokratisierung der Landwirtschaft. Wir haben mit Schrecken in den Zeitungen gelesen, daß der Reichsnährstand zwar aufgehoben wurde, daß er aber eigentlich nur umgetauft wurde. Statt Kreisbauernschaft heißt es jetzt Kreisleitstelle. Aber die gleichen reaktionären Kräfte wie früher sitzen dort. Es wird nötig sein, daß der agrarpolitische Ausschuss entsprechende Vorlagen an die Landtagsfraktionen bringt, damit die Landwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil der gesamten Arbeit wird. Heute ist es so, daß wenige Männer, in der Regel Großgrundbesitzer, allein bestimmen, was in den einzelnen Kreisen den einzelnen Betrieben an Ablieferungskontingenten auferlegt wird. Es wird notwendig sein, daß hier Kräfte eingesetzt werden, die bereit sind, wirklich alle Nahrungsmittel zu erfassen.

Wir haben im norddeutschen Raum eine Organisation geschaffen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, daß Leute in die Kreisbauernschaften hineinkommen, die bereit sind, alle landwirtschaftlichen Güter zu erfassen und den Verbrauchern zuzuführen. Vorher müssen aber die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit diese Männer auch berechtigt sind, gegen Fehlgriffe oder gegen Verschleibungen tatsächlich einzuschreiten.

Genossen! Es ist für uns bedauerlich, Tag für Tag zusehen zu müssen, wie Tausende von Tonnen Nahrungsmittel verschoben werden und man keine Handhabe hat, dagegen einzuschreiten. (Zuruf: Die Bauern sind konservativ!)

Ich habe wiederholt festgestellt, daß Großschieber in landwirtschaftlichen Gütern zwar der Staatsanwaltschaft gemeldet worden sind, aber bis heute nicht abgeurteilt sind, weil alle diese Stellen von reaktionären Kräften besetzt sind, die kein Interesse daran haben, daß es dem deutschen Volke ernährungspolitisch besser gehen soll. (Zustimmung.) Auf unsere Vorstellungen bei der Militärregierung, daß die Militärregierung versuchen möchte, die Kreisbauernschaften und Landesbauernschaften umzubesetzen, wurde uns von der Militärregierung die Antwort gegeben, das sei eine Aufgabe der deutschen Behörden. In der Not, in der wir jetzt stehen, müssen wir uns klar werden, daß unsere Landtagsfraktionen sofort beauftragt werden müssen, entsprechende Gesetze auszuarbeiten, die es möglich machen, die landwirtschaftliche Erzeugung wirklich so zu erfassen, wie es notwendig ist.

Zu dem agrarpolitischen Problem gehört gleichzeitig das kulturpolitische Problem. Wenn wir es fertig bringen, das agrarpolitische Problem zusammen mit dem kulturpolitischen zu lösen, dann werden wir erreichen, daß der Sozialismus in Deutschland vorankommt. Genossen, wir haben gesehen, von 1918 bis 1933 haben alle Wahlen keine sozialdemokratische Mehrheit gebracht, weil wir es versäumt haben, eine positive Agrarpolitik zu betreiben. Wenn wir heute versuchen, auf das Land vorzustoßen — und das Land ist dazu aufnahmebereit —, wenn wir in Verbindung mit dem agrarpolitischen Problem das kulturelle lösen, dann ist es uns möglich, eine sozialistische Mehrheit zu schaffen.

Noch ein anderer Punkt ist sehr wichtig. Vor den letzten Landtagswahlen in der britischen Zone wurde verabsäumt, auf das Land besonderen Wert zu legen. Ich bin der festen Überzeugung, hätte der agrarpolitische Ausschuß vor den Landtagswahlen feste Richtlinien herausgegeben und eine gute Propaganda gemacht, dann wäre es zum Beispiel im Lande Niedersachsen möglich gewesen, eine sozialistische Mehrheit bei den Wahlen herauszuholen. Ich glaube auch, daß die Ergebnisse in der französischen Zone zeigen, daß es auch dort möglich ist, in das Land vorzustoßen.

Ich bitte den Parteitag, das Problem der Landwirtschaft nach der Wichtigkeit zu beachten, die es zweifellos hat. Es ist heute neben der Wirtschaftspolitik das wichtigste Problem, das wir überhaupt zu lösen haben. Die Ernährung steht bei allen Menschen immer wieder an erster Stelle. Erst wenn wir die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, können wir damit rechnen, daß die Massen des Volkes für die gelistete Arbeit einer politischen Partei empfänglich sind.

Genossen! Wir wollen beachten, daß wir als Sozialdemokraten verpflichtet sind, den Leuten auf dem Lande, die heute zum Teil, wie es im nordwestdeutschen Raume der Fall ist, in Leibeigenschaft, in einem Sklaventum, leben, wie es in ganz Deutschland kein zweites gibt, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß sie gleichberechtigte Mitbürger in unserem deutschen Staate sind. Dann werden diese Männer und Frauen auch bei den kommenden Wahlen zu den Wahlurnen gehen und den Sozialdemokraten ihre Stimme geben. Sie werden eine sozialistische Politik unterstützen, die uns auf dem Lande zum Siege des Sozialismus verhilft. (Beifall.)

*Ludwig Bodenbender, Frankfurt am Main:* Genossinnen und Genossen! Das Kapitel Agrarpolitik ist bei uns seit jeher etwas stiefmütterlich behandelt worden. Diese Tatsache bringt es auch mit sich, daß wir bis heute auf diesem Gebiet noch keine klare Stellungnahme parteimäßig gezeigt haben. Heute stehen in der Frage der Agrarpolitik die Produktion und das Erfassungswesen im Vordergrund, mit anderen Worten die Ernährung.

Aber bevor ich hierzu komme, möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem allgemeinen Thema machen. Wenn wir zu einer vernünftigen Agrarpolitik

kommen wollen, dann ist es zweifelsohne unsere Aufgabe, den Großgrundbesitz in seiner Gesamtheit zu zerschlagen, weil dort ja nicht nur die nazistischen Herde, sondern auch die militaristischen Herde vorhanden waren, und weil dort die Reaktion auch heute noch eine sehr starke Stütze hat. Es kommt nur darauf an, was man mit dem Grundbesitz, der dort zerschlagen werden muß, beginnen will.

Wir stehen in Hessen vor der Verwirklichung oder Durchführung unseres Artikels 42 der Verfassung, der besagt, daß der gesamte Großgrundbesitz zu enteignen ist. Nun entsteht die Frage: wo ist die Grenze des Großgrundbesitzes? Liegt diese Grenze wirklich bei 100 ha oder soll sie woanders liegen? Es ist weiter die Frage: in welcher Form soll dieser zu enteignende Großgrundbesitz in Betriebe überführt werden? Sollen wir generell neues Eigentum schaffen oder sollen wir nicht, aus der Not der Zeit heraus geboren, auch auf diesem Gebiete, wie wir wahrscheinlich auch auf dem Gebiete des Pachtwesens zum Erbpachtrecht werden kommen müssen, zu dem Erbpachtrecht kommen, um nicht wieder neue Formen von Privateigentum zu schaffen?

Wenn hier vorhin bei den Ausführungen meines Vorredners der Zwischenruf erscholl, daß die Bauern konservativ seien, dann wissen wir als Sozialisten, daß der Mensch ein Produkt seiner Verhältnisse ist und daß, wenn wir die Menschen, auch die Bauern, ändern wollen, wir zunächst die Verhältnisse ändern müssen. Das als programmatische Erklärung im voraus!

Wir in Hessen haben keine Neigung, bei der Zerschlagung des Großgrundbesitzes neues Eigentumsrecht zu schaffen, sondern wir neigen vielmehr der Idee des Erbpachtrechtes zu, unter dem der Bauer genau so gut wirtschaften kann wie bei Eigentumsverhältnissen.

Hier ist von den Erfassungsmöglichkeiten innerhalb der Landwirtschaft von notwendigen Gesetzentwürfen usw. gesprochen worden. Wenn man etwas erfassen will, dann muß zunächst dafür Sorge getragen werden, daß das, was erfaßt werden soll, produziert worden ist. (Sehr richtig!) Das ist die unbedingte Voraussetzung. Deshalb erscheint es uns müßig, sich zunächst mit Erfassungfragen zu beschäftigen. Wir müssen uns der Produktionsfrage zuwenden, und zwar dergestalt, daß wir — in Hessen sind wir jetzt dabei — einen Initiativantrag dem Parlament vorlegen, der das gesamte Erfassungswesen auf eine neue Grundlage, auf die Grundlage der Hektargröße, abstellen soll. Wir können heute noch so viel gegen den Schleichhandel, die Korruption und Kompensation reden, wie wir wollen. Wir können auch, wie ich es im Hessischen Landtage getan habe, für jene Hyänen die Todesstrafe verlangen, wir werden sehen, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen und bei den gegenwärtigen Erfassungsmethoden diese Dinge nicht beseitigen können.

Deshalb haben wir in unserem Antrag gefordert, daß das gesamte landwirtschaftliche Erfassungswesen auf der Grundlage der Hektar-Umlage vor sich gehen soll. Unseres Erachtens ist dies die einzige Möglichkeit, um den Bauern, sagen wir einmal, vor Unwahrheit und ungerechtfertigten Geschäften zu bewahren. Dazu ist es notwendig, daß die Unterlagen, die seit Jahrzehnten für diese Erfassungsmethode vorhanden sind, in richtiger Form angewandt werden.

Wir haben deshalb verlangt, daß auf der Kreisebene Grundausschüsse gewählt werden und daß sich die Ortsgrundausschüsse ebenfalls mit dieser Frage beschäftigen. Wir werden dann den Bauern sagen können, nicht du mußt so und so viel produzieren, sondern du hast eine Betriebsgröße von so und so viel Hektar, und du mußt bei der nächstjährigen Ernte je Hektar so viel Brotgetreide, so viel Kartoffeln, so viel Milch, so viel Ölsaat und so viele Eier abliefern. Nur wenn wir auf diesem Wege durchkommen, erreichen wir auch auf der anderen Seite eine Besserung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion und damit auch des Erfassungswesens. Man kann das Erfassungswesen nicht dadurch fördern, daß man immer nur Ausschüsse einsetzt, um diese Dinge zu erledigen, sondern man kann es nur dadurch fördern, daß man zu einer reellen Grundlage des gesamten Erfassungswesens kommt.

Generell möchte ich noch folgendes sagen: Unsere Landwirtschaft geht ganz zweifelsohne schweren Zeiten entgegen. Wenn hier zu unserer Versorgungslage



gesagt wird, daß auch für den Bauern ein gerechter Lohn herbeigeführt werden muß, dann, glaube ich, steht das Problem der Agrarpolitik in all seiner Größe und Schwierigkeit vor uns. Wir werden es in Deutschland nicht meißtern, wenn wir uns nicht zu einer radikalen Umstellung auf die landwirtschaftliche Veredelungswirtschaft entschließen. Das ist und bleibt die Voraussetzung, und Voraussetzung dafür ist wieder, daß für die landwirtschaftliche Durchbildung und Weiterbildung weit mehr getan wird als seither, daß das landwirtschaftliche Berufsschulwesen und Hochschulwesen ganz intensiv ausgebaut wird.

Nun möchte ich noch einige Worte zu dem Antrag 18 sagen, der meines Erachtens in dieser Form abgelehnt werden muß, weil er uns sonst draußen alles zerschlägt, was wir in mühseliger Arbeit im Interesse der Partei in den ländlichen Bezirken bisher geleistet haben. (Beifall.)

**Magnus Bunk, Augsburg:** Genossinnen und Genossen! In der Frage der Agrarpolitik ist zweifellos in den letzten Monaten durch die agrarpolitischen Ausschüsse versucht worden, fruchtbare Arbeit zu leisten. Man kann mit der Arbeit und Ansicht des Parteivorstandes in der Frage der Bodenreform sich ohne weiteres einverstanden erklären. Wenn aber feststeht, daß wir noch mindestens ein Jahrzehnt die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel haben werden und wir danach immer noch eine zentrale Planung und Lenkung derselben brauchen, dann müssen wir den Fragen der landwirtschaftlichen Produktion und der Erfassung und Verteilung unser besonderes Augenmerk zuwenden. Wenn man um die Dinge nur herumgeht, ohne den Bauern praktische Vorschläge zu machen, dann wird man aus den Bauern, und besonders auch aus den Kleinbauern, keine Sozialdemokraten machen. Wir müssen in dieser Frage mit praktischen Gesichtspunkten kommen. Unsere Landtagsfraktionen müssen diese Dinge auch nach dieser Richtung behandeln. Wir müssen praktische Arbeit leisten, die sowohl den Bauern wie auch den Konsumenten dient. Die Planung der Erzeugung ist notwendig. Es geht nicht an, daß man z. B. in Schleswig-Holstein die Weiden umpflügt und damit die vorbildliche Viehwirtschaft dieses Landes ruiniert. Das geschieht und ist geschehen. (Zuruf: Die Militärregierung!)

Zu dem Einwand: „Das macht die Militärregierung!“ Die Militärregierung arbeitet in diesem Sinne nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in Bayern, wo man ähnliche Wege zu gehen versucht. Wenn wir wissen, daß es gegenwärtig vielleicht noch in Bayern, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Ostfriesland Viehüberschußgebiete in Deutschland gibt, die zur Ernährung auf dem Fleischsektor für das übrige Deutschland noch etwas zusätzlich tun können, dann muß man diese Erzeugung doch auch so gestalten, daß eine Erfassung auf die Dauer möglich ist.

Es dreht sich nicht um die gegenwärtige Erfassung. Ich kenne ihre Mängel durchaus, weil ich dauernd mit ihr zu tun habe. Es dreht sich mehr um die zukünftige Erfassung der Nahrungsmittel in Deutschland. Diese muß zum Nutzen der Bauern und Konsumenten auf eine andere Grundlage gestellt werden, und zwar dahingehend, daß der Bauer weiß, was er an Kilo Schlachtvieh im Jahr abzulefern hat, die Schlachtvieherfassung also nicht nach Hektargrößen. Er muß z. B. wissen, ich habe 750 Kilogramm abzulefern. Wenn ich diese abgeliefert habe, habe ich meine Ruhe. Man kann das auf die ganzen Gebiete umlegen. Dann wird eine bestimmte Rechtssicherheit eintreten. Es werden nicht zu 70 bis 80 Prozent C- und D-Kühe auf die Schlachtviehmärkte kommen. Der Bauer hat dann ein Interesse daran, daß er ein möglichst hohes Gewicht und demnach ein besseres Tier auf den Markt bringt und damit der Fleischerzeugung wie der Erzeugung von Schlachtfett dient. Daß man das Getreide nach der Hektarfläche abliefern kann, das ist mir ohne weiteres klar.

Wir müssen uns auch als Partei gegen die Zerstörung des deutschen Waldes wenden. Das ist eine Frage, die sehr eng mit der Landwirtschaft verbunden ist. Wenn man diese Tausende und aber Tausende von Hektar des deutschen Waldes, die jetzt vernichtet werden, berücksichtigt, und wenn man weiß, daß diese Wälder

auch in der Zukunft für den Wiederaufbau Deutschlands überanstrengt werden müssen, dann muß man sich klar sein, daß selbst die notwendige Düngemittel-erzeugung nicht mehr genügen wird, um eine intensive Bewirtschaftung durchzuführen, weil die klimatischen und damit die Bewässerungsverhältnisse sich ändern und dadurch ein laufender Erzeugungsrückgang eintreten wird.

Ich sage noch einmal, man muß auch in der Erfassung, wenn man weiß, daß man auf Jahre hinaus noch erfassen und planen muß, eine gewisse Rechtssicherheit anstreben. Wir müssen das zugunsten der Bauern und Konsumenten in den Parlamenten verlangen. Der Parteivorstand und die gesamte Partei werden alles daransetzen müssen, auch in dieser Frage sich die notwendigen Voraussetzungen zu erarbeiten. Es sind zweifellos gute Ansätze vorhanden. Das bestreift niemand. Aber es wird auch niemand behaupten, daß man etwa mit dem, was der Genosse *Kriedemann* vom agrarpolitischen Ausschuß heute vorgetragen hat, zu den Bauern hingehen kann, um Agitation für die Sozialdemokratische Partei zu machen. (Beifall.)

*August Blanke*, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen! Sie werden entschuldigen, wenn ich trotz der vorgerückten Stunde zu einer Frage das Wort ergreife, die vornehmlich der Bevölkerung an Rhein und Ruhr stark am Herzen liegt. Ich möchte zu dem Antrag 19 einige Ausführungen machen. Noch werden wir überschattet von der Not in unserem politischen Denken. Als Partei stehen wir gewiß vor großen Problemen. Meiner Auffassung nach ist die Lösung des Ernährungsproblems für uns die vornehmste Forderung.

Selbstverständlich müssen wir heute auch die Sozialisierung im Auge haben. Aber es ist doch so, daß gerade die Bevölkerung, auf die sich die Sozialisierung stützen müßte, kaum noch arbeitsfähig ist. Nach dem Bericht des Arbeitsamtes Düsseldorf sind beispielsweise im vergangenen Monat 40 bis 50 Prozent der Berufstätigen nicht mehr zur Arbeit erschienen, nicht, weil sie nicht arbeiten wollen, sondern einfach, weil die Möglichkeit zu einer Arbeit nicht mehr gegeben ist.

Sie dürfen versichert sein, Parteigenossen, daß gerade die Bevölkerung von Rhein und Ruhr, die Bevölkerung in den Großstädten Köln, Düsseldorf und Wuppertal nach diesem Parteitag schaut, weil sie hofft, daß sich dieser Parteitag dieser Nöte des Landes annimmt. Heute steht zwar ein Teil unseres Volkes resigniert abseits, eben weil die Lage dieser Bevölkerung an Rhein und Ruhr schier unerträglich geworden ist. Das Volk hungert. Ein Volk, das bereits fünf Monate lang keine Kartoffeln mehr gegessen hat, kann zu einer Arbeit nicht mehr fähig sein. Und es erscheint mir, daß auch hier in diesem Kreis man sich über den Ernst der Situation nicht so recht im klaren ist. Man hat zu dieser Frage in der Form noch nicht Stellung genommen, wie man es wohl annehmen könnte. Die Verteilung ist nicht so, wie sie sein müßte. Gleiche Rechte und gleiche Pflichten sollten unserem Volke auferlegt sein. Aber wenn wir, die wir vom Rheinland gekommen sind, hören, daß die Bevölkerung hier beispielsweise schon 20 Eier insgesamt bekommen hat (Zurufe), aber die Bevölkerung am Rhein noch auf das dritte Ei wartet, so ist dies ein Problem, das im Vordergrund des Interesses stehen muß.

Vielleicht mag hier und da bei meinen Ausführungen die Meinung auftauchen, ich spreche nicht zum Agrarprogramm, aber ich weiß, daß wir chaotischen Zuständen entgegengehen, wenn diese Frage nicht in Bälde gelöst wird. Glauben Sie mir, wenn ich hier zu diesem Problem spreche, so möchte ich damit erreichen, daß die Parteilinstanzen sich dafür einsetzen, daß für den kommenden Winter die Kartoffelzuführung für diese Gebiete nicht wieder ein Versprechen bleibt, sondern daß sie diesmal Wirklichkeit wird, und daß wir uns für diese Dinge einsetzen, das haben wir jenen versprochen, die uns mit dieser Delegation beauftragt haben.

Eine Verzweiflungsstimmung macht sich breit. Noch kommen zwar Verantwortungsbewußte täglich ihrer Arbeit nach; aber schnelle Hilfe tut not.

Wir verlangen diese Hilfe vom Ausland, weil wir wissen, daß es dazu in der Lage wäre, wenn es das ernsthaft will. Aber gerade weil hier zum Agrarproblem gesprochen wird, verlangen wir auch diese Hilfe von der deutschen Landwirtschaft.

Ich glaube, daß man sich nicht immer dessen eingedenk ist, daß man gerade auf das Gebiet von Rhein und Ruhr angewiesen ist, wenn die deutsche Wirtschaft wieder gesunden soll.

Die Bevölkerung an Rhein und Ruhr, die während des Krieges am meisten ertragen mußte, die Bevölkerung, die dem Nationalsozialismus vielleicht am meisten ablehnend gegenüberstand, hat heute noch die meisten Leiden über sich ergehen zu lassen. Darum haben wir zu betonen, was inzwischen klar genug gesagt wurde, daß wir in diesem Moment auch an das Gewissen des Auslandes appellieren. Düsseldorf und Köln fragen sich, wie kann man, wenn man eine Bevölkerung hungern sieht, verbieten, daß das Gemüse, das Holland liefern möchte, mindestens für diese Notzone freigegeben wird, als die man das Ruhrgebiet und Rheinland erkannt hat. Darum sollte man, wenn man weiß, daß der Hunger für die Demokratie, an der wir so sehr hängen und die wir verteidigen möchten, eine Gefahr ist, dieses Ernährungsproblem in den Vordergrund schieben.

Der Osten ist nicht an eine Besserung der Lebensverhältnisse im Westen interessiert. Er hätte dazu die Möglichkeit gehabt, wenn er im vergangenen Frühjahr, statt die 420 000 t Kartoffeln zu Schnaps zu verbrennen, sie der Bevölkerung von Rhein und Ruhr zur Verfügung gestellt hätte. Wir wissen, daß gewisse Kreise kein Interesse daran haben, und die Bevölkerung verlangt von uns, daß wir uns für diese ihre Belange rückhaltlos einsetzen und alles tun, um diesen verzweifelten Menschen in Kürze Hilfe angedeihen zu lassen.

So wie bisher geht es jedenfalls nicht weiter. Darum verlangen wir, daß zunächst einmal rücksichtslos eingeschritten wird gegen die Auswüchse des Schwarzen Marktes. Dort kann ein Arbeiter und Angestellter, der seinem ehrlichen Erwerb nachgeht, nichts kaufen und sich keine zusätzlichen Lebensmittel beschaffen. Alles, was über den Schwarzen Markt verschwindet, geht den Menschen verloren, die nur auf ihren Verdienst angewiesen sind.

Zweitens verlangen wir, daß eine scharfe Kontrolle der Erfassung der Agrarproduktion durchgeführt wird, aber auch eine Kontrolle der Industrieproduktion und des Handwerks. Denn es wird in der Industrie produziert. Aber wo bleiben die Waren? Sie verschwinden. Wir verlangen eine gerechte Verteilung der Produktionsgüter.

Die Voraussetzung dafür ist der gute Wille. Leider gibt es in der Verwaltung Klüfte, die nur mit halbem Herzen dabeistehen. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die im Vordergrund stehenden Genossen der Sozialdemokratischen Partei in den Verwaltungen alles tun, um die Sozialdemokratie in den Vordergrund zu schieben und ihr eine Plattform dadurch zu schaffen, daß die Saboteure beseitigt werden und Sozialdemokraten, von denen sie wissen, daß sie mit voller Überzeugung die Erfordernisse durchzuführen gewillt sind, in deren Ämter einziehen lassen. Wenn wir so handeln, werden wir den kommenden Winter überstehen. Glauben Sie nicht, daß das, was das rheinische Volk im vergangenen Winter und Frühjahr bis jetzt ertragen mußte, auf die Dauer noch ertragen werden kann. Bemühen wir uns daher, eine Besserung der Lebensverhältnisse dieser Bevölkerung zu erreichen. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossen! Wir schlagen vor, daß nun noch Genosse *Gleisner* das Wort erhält und dann die Diskussion auf morgen vertagt wird.

*Alfred Gleisner, Hamm*: Genossinnen und Genossen! Der Genosse *Kriedemann* hat im Zonenrat bei der Vorlage der Agrarreform den Engländern gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß wir Sozialdemokraten dieser Vorlage nicht zustimmen können und daß wir uns an unsere Vor schläge halten werden. Der Genosse *Kriedemann* hat eben in seinen Ausführungen u. a. den Satz gebracht, daß es auf dem Lande einen großen Teil Menschen gibt, mit denen wir niemals Freundschaft schließen können und werden. Die gesamte Agrar- und Ernährungsfrage ist eine zweiteilige Frage, wobei ein Teil der Schuld bei den Siegerstaaten und ein Teil bei den Behörden und nicht zuletzt bei den Bauern liegt.

Wir selbst haben in unserem Bezirk mit den Bauern keine Experimente gemacht, und wir können sagen, daß ein großer Teil der Bauern ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei gegeben haben, aber nicht etwa deshalb, weil wir diesen Bauern zu Munde geredet, sondern weil wir darauf aufmerksam gemacht haben, daß ein großer Teil dieser Bauern bereit ist, um ein Mehr an Gewinn einen Teil der Bevölkerung verhungern zu lassen. Wenn wir heute sehen, wie diese adligen Bauernführer schon wieder Reitervereine gründen und ähnliche Dinge treiben, dann müssen wir zweifellos zu diesen Verhältnissen etwas sagen.

Wir sehen heute auf den Bahnhöfen Tausende von Menschen, die einen Rucksack oder einen Koffer haben, und alle haben etwas drin. Der eine hat es von einem christlichen Bauern für unchristliches Geld erhalten, und der andere fand keinen christlichen Bauern oder es fehlte ihm unchristliches Geld, und er hat es sich deshalb geklaut. Beide Verfahren werden von uns verurteilt und sind nur der Ausdruck der augenblicklichen Moral. Woran liegt das? Es liegt an der Tatsache, daß es heute noch anonyme Ministerien gibt, die keinerlei parlamentarischer Kontrolle unterstehen und über diese Güter verfügen, ohne daß parlamentarisch hier eingewirkt werden kann. Die Großgrundbesitzer versuchen, aus der augenblicklichen Notlage für sich ein Geldgeschäft zu machen; daß sie es können, zeigt uns in der Erfassung ein großes Loch.

Wir haben in einem ganz kleinen Kreis von Westfalen einmal mit Hilfe von Polizei, auch englischer Polizei, die Bauernhöfe kontrollieren lassen und haben festgestellt, daß 400 Kühe bei den Bauern schwarzstanden. In einem Orte, in dem 640 Menschen wohnen, wurden allein 96 Stück Großvieh vorgefunden und beschlagnahmt. Daß wir diesen Dingen nicht zustimmen können, daß wir diesen Bauern klar zu sagen haben, was wir von ihnen halten, das ist selbstverständlich.

Wenn heute irgendwo ein Sozialdemokrat in den Reichsnährstand hinein soll, dann kann er nicht angenommen werden, da der Reichsnährstand keinen Etat hat. Diesen hat die Landesbauernschaft, und diese hat in ihrem Stellenplan nicht vorgesehen, daß dieser Mann in die Behörde hineinkommt. Wir haben das jedenfalls bisher nicht fertiggebracht, und damit steigt die Schuld des Engländer, weil er diesem Reichsnährstand alles zugesteht.

Wir haben diesem anonymen Ministerium unsere Aufmerksamkeit im weitesten Maße zu schenken. Wir haben in den Parlamenten darauf hinzuweisen, daß wir nicht gewillt sind, diese Verhältnisse weiter bestehen zu lassen. Man muß den Bauern sagen, daß die augenblicklichen Verhältnisse eine rasante Entwicklung nehmen können. Es ist den Bauern entgangen, daß es noch keine zwei Jahre her sind, wo eine Handvoll Ukrainer oder Polen den ganzen Bauernstand terrorisierten. Wenn die grauen Gestalten im Ruhrgebiet ob dieser Haltung der Bauern aufstehen und in Richtung der Bauernhöfe marschieren, dann ist diese Sache organisiert, dann ist es nicht ein unorganisierter Haufen, und dann wird es zu einer vollkommenen Zerschlagung unserer Ernährung kommen. Dann werden diese Bauern im Endeffekt vor einem Nichts stehen. Es ist nicht so, daß man das mit seinem satten Bauch erdenken kann. Denken, die der Hunger quält, ist ein englisches Maschinengewehr keine Angelegenheit. Für sie ist eine englische Kugel nichts weiter als ein gnädiges Schicksal. Man sollte daher die Sache nicht auf die Spitze treiben. Ich glaube nicht, daß nur Streiks die Antwort sein werden, sondern ich glaube, ja, ich weiß, daß in diesen Kreisen ganz klar und unzweideutig zu diesen Dingen Stellung genommen wird.

Wir haben in einem sozialdemokratischen Kreis mit den Bauern ein ernstes Wort geredet. Wir haben zwei vollkommen schwarze Ämter umgekrempelt, so daß sie sozialdemokratisch geworden sind. Wir haben die Bauern veranlaßt, von schlechten Bauern abzurücken. Was haben diese Bauern getan? In diesem Kreis, in dem 175 000 Menschen wohnen, liegt die Milchabgabe mit 1,4 Liter über dem Landesdurchschnitt, liegt die Kartoffelabgabe mit 4600 Tonnen und die Fleischabgabe mit 1008 Kühen über der Norm. Die Bauern haben damit praktisch nichts weiter als ihre Pflicht getan. Das Erfassungssoll ist so niedrig, daß es dem Bauern nicht schwer fällt, wenn er will, auch die hundert Prozent zu erfüllen.

Aus dieser Erfahrungstatsache heraus sollten wir in unseren Ministerien bei der Neufestsetzung des Erfassungssolls darauf achten, daß die Erfassungsquote so angegeben wird, daß der Bauer seine Produkte auch wirklich abgeben muß.

Wenn man heute den Bauern reden hört, da hat man den Eindruck, als wäre der Industriearbeiter oder der Bergmann daran schuld, daß Kompensationsgeschäfte gemacht werden. Man führt als Beweis dafür an, daß auf irgendeinem großen Werk ein LKW mit 4000 Kilogramm Käse aus Bayern vorgefunden worden sei, und man meint, damit beweisen zu können, daß die Bergarbeiter schuld haben, wenn die Erfassung nicht richtig vor sich geht. Ich habe in der Schule gelernt, daß Käse nicht in Bergwerken gehackt wird, sondern aus Milch gemacht wird, und die Kuh, die die Milch gibt, steht beim Bauern.

Ich stehe auf dem Standpunkt, wir haben von Partel wegen den Bauern ganz klar zu sagen: wir bekennen uns zu Euch, soweit ihr Eurer Pflicht nachkommt, und wir verlangen von Euch, daß Ihr Euch gegen die Bauern wendet, die den augenblicklichen Notstand benutzen, um für sich Geldgeschäfte zu machen.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Die Verhandlung des Parteitages ist auf morgen früh, 9 Uhr, vertagt.

(Schluß der Abendsitzung 22.59 Uhr.)

## Vierter Verhandlungstag

(Mittwoch, 2. Juli 1947, 9 Uhr)

### Vormittagssitzung

Vorsitzender **Erich Ollenhauer**: Genossinnen und Genossen! Die Verhandlungen des Parteitages sind wieder eröffnet. Bevor wir in der Diskussion fortfahren, möchte ich folgendes mitteilen: Die Kontrollkommission hat gestern eine konstituierende Sitzung abgehalten und den Genossen **Adolf Schönfelder** (Hamburg) wieder zum Vorsitzenden gewählt. Die Adresse des Genossen **Adolf Schönfelder** ist: Hamburg-Fuhlsbüttel, Olendörp 27.

Das Wort hat jetzt Genosse **Scheller**.

**Hans Scheller**, Weiden: Genossen und Genossinnen! Der Bericht des agrarpolitischen Ausschusses ist etwas mager ausgefallen. Damit möchte ich aber nicht sagen, daß dies an dem guten Willen oder Wollen unserer Genossen, die in diesem Ausschuß sitzen, liegt. Ich suche den Grund darin, daß dieser Ausschuß noch zu jung ist. Wir alle wissen aus der Erfahrung, daß wir vor 1933 der Agrarpolitik nicht die Aufmerksamkeit gewidmet haben, die notwendig gewesen wäre. Gerade diesem Ausschuß kommt in der gegenwärtigen Zeit und auch für später eine ganz besondere Bedeutung zu. Ich möchte sagen, daß dieser Ausschuß in enger Verbindung mit dem Wirtschafts- und kulturpolitischen Ausschuß zusammenarbeiten muß.

Die Bodenreform wird in den verschiedenen Zonen und Ländern ganz verschiedenartig durchgeführt. Ich möchte ganz entschieden davor warnen, daß wir die Bodenreform nach den Methoden, die in der Sowjetzone gepflogen werden, als durchführbar betrachten. Neben dieser Bodenreform muß analog die Flurbereinigung gehen, eine alte Forderung der Sozialdemokratischen Partei. Wenn in einer anderen Zone die Bodenreform so durchgeführt wird, daß den Neusiedlern nur Stellen mit rund drei Hektar gegeben werden, so sind das keine Bauern. Diese Neubauern werden niemals ihre Familien durch diesen Hof ernähren können. Auf diese Weise bekommen wir einen neuen Stand von Lohnrückern. Wir müssen daher der Bodenreform ein ganz besonderes Augenmerk zuwenden, damit derartige Dinge verhindert werden.

Gestern ist ausgeführt worden, daß der Bauer in seiner Einstellung konservativ ist. Ich kann dem nur zu einem Teil zustimmen. Wir konnten im Gegenteil feststellen, daß ein großer Teil der Bauern durchaus für uns eingenommen ist. Er hat aber in gewisser Hinsicht noch irgendwelche Hemmungen. So ist er oft noch der Meinung, unsere Einstellung zur Religion wäre die gleiche wie früher. Und die CSU und CDU lassen den Bauern in dieser Meinung. Es liegt nun an uns, daß wir dem Bauern klarmachen, daß er ebenso in den Kreis der schaffenden Menschen und daher zur Sozialdemokratie gehört wie der Arbeiter.

Wenn wir die Entwicklung in der neueren Zeit bezüglich des Landvolkes betrachten, müssen wir feststellen, daß in den landwirtschaftlichen Genossenschaften und in den Lagerhäusern immer noch die gleichen Leute sitzen wie früher. Hier muß ein Wandel eintreten.

Nun noch etwas anders. Nach wie vor ist eine Landflucht zu beobachten. Bei uns erhalten viele Bauern nicht einmal die Diensthöfen, um den Betrieb so aufrecht zu erhalten, wie es notwendig wäre. Da müßten die Arbeitsämter ein-

greifen. Wir wissen: Die Bevölkerung in der Stadt hungert. Die Gesichter unserer Kinder werden von Tag zu Tag magerer. Und während die Bevölkerung der Städte ärmer wird und in ihrer Not das letzte Stück auf das Land hinausträgt, gibt es immer noch Bauern, die für die soziale Not kein Verständnis besitzen. Auf der anderen Seite muß man aber auch berücksichtigen, daß nicht allein im Landvolk, sondern in der gesamten Wirtschaft diese Korruptionserscheinungen festzustellen sind. Den Bauern wird vorgeschrieben, alles abzuliefern, was ihnen auferlegt ist. Wo finden sie die gleiche Bestimmung bei der Wirtschaft? Ist es zu verantworten, daß die Wirtschaft und die Industriekapitäne ein Freikontingent von 20 bis 25 Prozent erhalten, während auf der anderen Seite das gleiche den guten Bauern nicht zugestanden wird? Es ist kein Zustand, daß der Bauer nicht einmal Hufnägel bekommt. Auf dem Schwarzen Markt wird für das Kilogramm Hufnägel ein Kilogramm Fett verlangt. Die Schuld liegt also nicht allein am Landvolk. Wenn wir den Bauern für uns gewinnen wollen, müssen wir mit der gleichen Aktivität wie bei den Arbeitern und Angestellten vorgehen. Wenn der Bauer einmal gesehen hat, daß die Sozialdemokratische Partei sein Interesse wahrt, wird er für uns der treue Anhänger werden, den wir von ihm erwarten. Wenn Genosse Kriedemann gestern in seinem Bericht gesagt hat, daß wir die unverbrauchte Kraft des Landes für uns gewinnen müssen, daß das Landvolk ein Reservoir für uns ist, so möchte ich dem nur hinzufügen: es darf für uns keine Arbeit zu viel sein, um uns diesem Ziel zu widmen. (Beifall)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Der Parteitag wird mit uns darüber einig sein, daß wir heute morgen unsere Zeit rationieren müssen. Ich möchte daher vorschlagen, daß wir bis 10 Uhr den Bericht über die agrarpolitische Arbeit abschließen einschließlich des Schlußwortes des Genossen *Kriedemann*. (Zustimmung.) Ich schlage daher vor, daß die drei Genossen, die sich jetzt noch gemeldet haben, auf einige wenige Bemerkungen sich beschränken, damit wir unseren Arbeitsplan für heute vormittag einhalten können. Ich möchte darüber keine formelle Abstimmung herbeiführen und möchte annehmen, daß wir uns auf Grund einer freiwilligen Verständigung daran halten.

Das Wort hat jetzt Genosse *Gebhard*.

*Josef Gebhard*, Hersbrück: Genossinnen und Genossen! Ich kann dem Wunsch des Genossen *Ollenhauer* entsprechen, nachdem mein Vorredner bereits sehr viel von dem gesagt hat, was uns in der agrarpolitischen Frage am Herzen liegt. Zunächst müssen wir für den agrarpolitischen Ausschuß zwei wesentliche Punkte herausarbeiten, von denen die Arbeit dieses Ausschusses für die Zukunft bestimmt sein muß. Erstens handelt es sich um die Verbesserung der Erzeugung und der Erfassung, und zweitens um die politische Erfassung der Bauern.

Zur Verbesserung der Erzeugung habe ich nur einen Vorschlag: wir müssen unsere Erzeugung mehr auf Qualitätsprodukte umstellen. Ein Beispiel: Auf einem Hektar Land können wir rund 20 Zentner Weizen erzeugen. Wenn wir auf dem gleichen Hektar Land 20 Zentner Hopfen erzeugen, können wir mit dem Exporterlös 400 Zentner Weizen einführen. Natürlich läßt sich das nicht auf jedem Boden machen. Die Böden müssen für derartige Qualitätsverbesserungen ausgesucht werden. Die Quintessenz: Wir müssen in Deutschland, und zwar im Rahmen eines europäischen Gesamtplanes, einen Anbauplan aufstellen, der dies alles berücksichtigt, und der insbesondere darauf Rücksicht nimmt, daß wir hier in Deutschland mit dem verringerten Devisenaufkommen nicht mehr in der Lage sind, hochwertige Erzeugnisse, wie z. B. Gemüse, einzuführen.

Mit der Erfassung, wie sie Genosse *Bodenbender* gestern vorgeschlagen hat, sind wir einverstanden. Wir haben ähnliche Vorschläge bereits ausgearbeitet. Aber die Ministerialbürokratie hat sich gegen diese Vorschläge gewandt, weil sie eine Vereinfachung der Erfassung bedeutet hätten und damit verschiedene Herren überflüssig geworden wären. Wichtig ist aber, daß wir die Reste des Reichsnährstandes

grundsätzlich abschaffen. Diese sogenannten Fachleute sind nichts anderes als getarnte Nationalsozialisten, die überall und immer wieder versuchen, uns zu sabotieren.

Nun zur politischen Erfassung der Bauern. Wir müssen vor allen Dingen in unserer Partei mehr Verständnis für die Psyche der Bauern aufbringen. Wir müssen verstehen, daß der Bauer jahrzehntlang uns als Sozialistenschreck hingestellt bekommen hat. Auch den jahrhundertlangen Einfluß der Kirche dürfen wir nicht unterschätzen. Auf der anderen Seite müssen wir die Werte der Bauernarbeit begreifen lernen, müssen lernen, den ehrlichen Kleinbauern vom Schieber und Großgrundbesitzer zu trennen. Wir müssen aber auch beim Bauern Verständnis für die Belange der Arbeiter wecken. Dabei kann ein Flugblatt, wie es uns zu Beginn überreicht wurde, ein sehr guter Anhaltspunkt sein. Aber unsere ganze Arbeit bleibt ergebnislos, wenn sie sich nur auf Flugblätter beschränkt. Mündliche Propaganda ist das einzig richtige, um an den Bauern heranzukommen.

Genosse *Kriedemann* sagte, in den agrarpolitischen Ausschüssen der Bezirke sitzen auch Bauern. Wir dürfen nichts unversucht lassen, um die besten Bauern in diese Ausschüsse hineinzubringen. Dann dürfen wir bei der ganzen agrarpolitischen Arbeit nicht vergessen, daß im Norden und Westen große Besitztümer sind und daß das, was dort richtig ist, nicht ohne weiteres für den Süden richtig sein muß. Wir müssen gerade auf agrarpolischem Gebiet feinfühlig und differenziert vorgehen, wenn wir wirklich etwas erreichen wollen.

Zum Schluß: Ich empfehle Ihnen, den Antrag Nr. 18 abzulehnen. Er würde unserer Arbeit auf dem Lande nur neue Schwierigkeiten machen. Das darin Geforderte steht überhaupt z. Z. noch nicht zur Diskussion. Wenn wir wirklich aus dem Bauernstand die neuen Kräfte für unsere Partei erhalten wollen, müssen wir die Synthese finden zwischen dem Arbeiter der Stadt und zwischen dem Bauern. Dann wird sich auch das Symbol, das hier über unserem Parteitag so verhelfungsvoll schwebt, verwirklichen: Bauern und Arbeiter als gemeinsame Kämpfer für den Sozialismus. (Beifall.)

*Richard Jückle*, Freiburg i. Br.: Genossinnen und Genossen! Zur Diskussion steht das agrarpolitische Problem unserer Zeit und nicht die Ernährungsfrage, wie es gestern abend den Anschein hatte. Man hatte gestern den Eindruck, daß die Panikstimmung des vergangenen Winters und die Sorgen um den kommenden Winter die Diskussion beeinflusst hatte. Der agrarpolitische Ausschuß kann niemals die Aufgabe haben, sich mit dem Gegenwartsproblem der Ernährung zu befassen, sondern er hat das Agrarproblem für das Zukunftsprogramm unserer Partei zu klären und zu gestalten. (Beifall.) Wenn wir den sozialistischen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft vornehmen wollen — wir wollen ihn auf demokratischer Grundlage vornehmen —, müssen wir alles tun, um zu einer Massenpartei aller Schaffenden zu werden. (Bravo.) Hierzu gehören auch die Schaffenden auf dem Lande. Wenn gestern über die korrupten Bauern gesprochen wurde, so müssen wir sagen, daß auch in Handel, Gewerbe und in der Industrie der gleiche Prozentsatz an Korruption vorhanden ist. (Sehr richtig!) Woher kommt denn der Schwarze Markt? Weil der Bauer auf dem ordentlichen Markt nichts kaufen kann und die Handwerks- und Industriebetriebe ihre Produkte in den sogenannten Kompensationsgeschäften absetzen. Hier liegt das Grundübel. (Sehr richtig!) Wir dürfen aber nicht vergessen, daß, wie der Vorredner sagte, nicht nur die Großbauern Norddeutschlands, sondern die Kleinbauern, die Familienbetriebe in Süddeutschland, unter der falschen nationalsozialistischen Agrarpolitik kranken. Diese Menschen durch eine positive Agrarpolitik zu gewinnen, muß die Aufgabe unserer Partei sein. Wenn das Protokoll des Parteitages von gestern abend bei uns in Südbaden der CDU in die Hände fällt und dort ausgewertet wird, Genossinnen und Genossen, dann brauchen wir nicht mehr um die Bauern zu kämpfen, dann haben wir sie bekämpft und endgültig von uns gestoßen. (Sehr richtig!) Wir dürfen auch nicht die Forderung erheben, daß die Partei und die Gewerkschaften in der Erfassung den Polizeibüffel



spielt, sondern wir müssen hinausgehen auf das Land und die verantwortungsbewußten Bauern — es gibt deren nicht allzu wenige — zur Selbstverantwortung bringen und ihnen die Produktionserfassung übertragen. Nur eine aktive Agrarpolitik, wie sie Genosse *Kriedemann* gestern skizziert hat, kann Aufgabe und Ziel der Sozialdemokratischen Partei sein.

*Herbert Kriedemann (Schlußwort):* Genossinnen und Genossen! Was gestern von der Kulturpolitik gesagt worden ist, muß auch von der Agrarpolitik gesagt werden. Sie verdient eine ausführliche Behandlung, und zwar deswegen vor allen Dingen, weil sie wirklich nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Ernährungskrise, sondern weit darüber hinaus für unsere Partei von besonderer Bedeutung ist. Nach einem notgedrungenermaßen so kurzen Bericht kann leicht gesagt werden, daß der Bericht mager ist. Daraus ist aber nicht zu schließen, daß wir auf dem Gebiete der Agrarpolitik in unserer Arbeit nur magere Ergebnisse haben. Ich kann Euch sagen, daß wir gründlich beraten haben und gründlich nachgedacht haben über die neuen Methoden der Erfassung, über die Mittel und Wege, um auf eine gerechte und vernünftige Weise die tüchtigen Bauern voranzubringen und auf der anderen Seite diejenigen, die es einfach nicht können, auszuschalten. Dem Genossen *Kaisen* möchte ich sagen, daß der Bauern- und Siedlerbund, den er hier mit Recht hervorgehoben hat, in den Beratungen des agrarpolitischen Ausschusses geboren ist. Wir haben uns sehr lange und eingehend mit der Frage der beruflichen Organisation der Bauern befaßt, wir haben überlegt, ob wir die Dinge dort laufen lassen können oder eine sozialdemokratische Bauernorganisation schaffen sollen usw. Es ist aus begreiflichen Gründen nicht zweckmäßig, allzusehr auf Details einzugehen. Ich würde dem Genossen raten, sich mit dem Genossen *Bettermann* einmal zu unterhalten, der der Vorsitzende des Bauern- und Pächterbundes und ein sehr aktives Mitglied im agrarpolitischen Ausschuss ist.

Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die Diskussion zu weit auf die Ernährungs- und Erfassungseite geschoben wird. Ich will nicht so weit gehen wie der Vordrner, der sagte, es sei nicht Aufgabe des agrarpolitischen Ausschusses, sich mit der Frage der Volksernährung oder Erfassung zu beschäftigen. Das muß er schon tun. Er darf dabei nicht übersehen, daß die Erfassung bei aller Wichtigkeit heute doch oben erst das zweite Problem ist. Die Erzeugung muß auf alle Fälle im Vordergrund stehen.

Von mehreren Rednern ist das eine oder andere bemängelt worden. Ich habe vieles von dem, was vermißt wurde, in der vorgelegten Resolution gefunden. Der Reichsnährstand wird immer wieder zitiert. Darf ich darauf verweisen, daß wir hier gefordert haben, daß die immer noch von reaktionären Kräften beeinflusste landwirtschaftliche Verwaltung an Haupt und Gliedern reformiert werden muß, daß wir, was uns sehr wichtig erscheint, ihre Unterstellung unter die Parlamentskontrolle bis hinein in die Kreisebene gefordert haben. Wir wissen auch, mit welchen Mitteln die Herren versuchen, den Reichsnährstand, ihre alte reaktionäre Organisation, nun wieder einmal umzubauen. Wir glauben auch nicht, daß die bürgerlichen Landwirtschaftsminister in den Ländern trotz aller fabelhaften Besteuerungen ernsthaft daran denken, diesen Reichsnährstand und das Prinzip, das er verkörpert, restlos abzuschaffen. In allen Landtagen haben sich Sozialdemokraten zum Sprecher dieser Forderung gemacht. In allen Landtagen haben auch Sozialdemokraten ein Gesetz gefordert zur Bestrafung derjenigen, die ganz gewissenlos nur an sich denken, und wenn darüber so und so viele Frauen und Kinder verhungern. Wir wollen eine positive Agrarpolitik betreiben. Das ist von allen Seiten gesagt worden. Das geht aber nicht, wenn es aus irgendeinem Ressentiment geschieht. Es gibt bei uns viele, die besorgt sind, wir könnten eine Mittelstandspartei werden. Das wollen wir doch nicht. Es gibt auch viele, die die Sorge haben, wir könnten den Bauern zu sehr zu Willen sein, wir könnten uns zu weitgehend zu ihren Sprechern machen. Wir Sozialdemokraten wollen auch in diesem Sinne, im Sinne der reaktionären Parteien niemals eine Bauernpartei sein. Wer aber positiv Agrarpolitik betreiben will, muß das mit den Bauern tun. Die Landwirtschaft soll

doch eine Bauernlandwirtschaft werden, da nach unseren Forderungen hinsichtlich der Bodenreform das Land in die Hände derjenigen kommen soll, die es bearbeiten.

Ich weiß, daß der Antrag Nr. 18 zurückgezogen ist. Sonst würde ich mit allem Nachdruck dagegen gesprochen haben, daß Sozialdemokraten fordern, man solle allen Grund und Boden und alle Produktionsmittel enteignen. Wir stehen doch bekanntlich auf dem Standpunkt, daß Arbeitseigentum in Privatbesitz bleiben soll. (Sehr richtig!) Ich bin sehr froh darüber, daß hier mehrere Diskussionsredner uns vor einer anderen Haltung gewarnt haben, weil dadurch das zerschlagen werden würde, was wir auf dem Lande aufgebaut haben.

Nun lassen Sie mich, um die Zeit einzuhalten, noch einmal ganz kurz meine Ausführungen zusammenfassen: Wir müssen mit den Bauern ins Gespräch kommen. Das ist viel zu lange nicht geschehen. Wir wissen, wer uns davon ferngehalten hat, und warum man uns davon ferngehalten hat. Wir kennen alle die Folgen dieser Trennung von Sozialdemokraten und Bauern. Dieses Gespräch mit den Bauern muß aber getragen sein von Vertrauen. Auf unserer Seite müssen wir ohne Voreingenommenheit, ohne Ressentiment an diese Dinge herangehen. Der Bauer muß das Gefühl haben, daß ihm Gerechtigkeit widerfährt. Ich habe mit großer Freude mir aus einem Landkreis erzählen lassen, daß da jetzt die Bauern zu unserem sozialdemokratischen Landrat kommen und dort um Schutz bitten gegen ungerechte Angriffe, nicht weil besonders freundlich mit den Bauern geredet worden ist, nein, weil die Sozialdemokraten dort dafür gesorgt haben, daß alle unklaren Dinge klargestellt wurden, daß in die Dunkelkammer Licht hineingebracht worden ist. Dort ist die Kreisbauernschaft nicht mehr in der Lage, hintenherum zu tuscheln. Unseren Genossen ist es gelungen, die Bauern davon zu überzeugen, daß jeder ordentliche Bauer am besten fährt, wenn seine Ablieferungsleistung auf dem Rathaus zu jedermanns Einsicht offenliegt.

Der Bauer ist konservativ und mißtrauisch. Die Lebenslage des Bauern unterscheidet sich von denen anderer Bevölkerungsteile. Man muß dieser Tatsache ganz einfach Rechnung tragen. Der Bauer denkt aber zum Schluß doch ganz nüchtern und logisch. Er weiß, daß nur wir in der Lage sind und daß nur eine gründliche Neuordnung aller sozialen Verhältnisse in der Lage ist, auch ihm eine gesicherte Basis für seine Arbeit und seine persönliche Existenz zu garantieren. Darin liegt unsere große Chance. Das Gespräch muß also vom Vertrauen getragen sein. Unsere agrarpolitischen Forderungen müssen sich dadurch auszeichnen, daß sie klar und ganz verständlich sind. Gerade die Debatte um die Bodenreform hat bewiesen, daß wir darüber mit den Bauern ganz offen reden können, wenn es auch nur mit dem Resultat geschieht, daß ein sehr großer Teil der Bauern einsieht, daß diese Angelegenheit sie überhaupt nicht betrifft, daß es gar nicht stimmt, was die Reaktionen immer behaupten: erst kommen die Großen und dann die Kleinen bis zu den Kleinsten dran, sondern, daß es uns Sozialdemokraten völlig ernst damit ist, echtes bäuerliches Arbeitseigentum zu schützen. Wenn wir unsere agrarpolitischen Forderungen so aufstellen, daß der an sich selbst interessierte Bauer die Sicherheit hat, ihm widerfähre hier Gerechtigkeit, daß wir die erhebliche Bedeutung seiner Arbeit anerkennen, die er für die Erhaltung unseres Volkes leistet — und zwar nicht nur in solchen Zeiten einer unmittelbaren Hungerkatastrophe —, dann werden wir mit ihm in dieses vertrauensvolle Gespräch kommen.

Ich hoffe, daß unsere agrarpolitische Praxis uns dabei helfen wird. Wenn jetzt ein großer Versuch gemacht wird, die Bauern vor dem grauen Markt zu bewahren, indem man die Versorgung des Landes mit den industriellen Erzeugnissen, die nun einmal notwendig sind, um die landwirtschaftliche Produktion aufrechtzuerhalten, planmäßig auf kürzestem Wege vornimmt, und wenn man dem einzelnen Bauern den Umweg über die schwarzgemachte Butter zu den Hufnägeln erspart, wird der Bauer sehr viel mehr von dem vernünftigen Zweck der Planwirtschaft begreifen, als es ihm noch so viele Reden klarzumachen vermögen. Wir hoffen, daß es uns Sozialdemokraten gelingen wird, solche und andere Ergebnisse unserer Arbeit in die Praxis umzusetzen, nachdem durch die Schaffung des Wirtschaftsrates und der

blzonalen Ämter eine Gelegenheit gegeben ist, diese Dinge zu regeln. Genossinnen und Genossen! Ich kenne auch die Einwände, die von der einen oder anderen Seite gemacht werden, wenn es um Grundsätze sozialdemokratischer Politik geht, die da meinen, das sei alles ganz gut, aber für ihre besonderen Verhältnisse käme das noch nicht in Frage. Die peinlichen Gegensätze zwischen Nord und Süd sind gestern auch hier angeschnitten worden, die Differenzen in der Eierlieferung usw. Auch in unseren Ausschuß haben diese Dinge hineingespielt. Es war das nicht immer angenehm zu hören. Aber wenn wir unter uns die Dinge nicht klären könnten, haben wir auch keine Möglichkeit, ihre Klärung im Reichsmaßstab durchzusetzen. Da sollten wir nicht zu ängstlich und nicht zu lokalpatriotisch sein. Die Agrarpolitik Deutschlands muß ebenso wie die Politik auf vielen anderen Gebieten grundlegend erneuert werden. Wir stehen vor völlig neuen Problemen auf jedem Gebiet, auch auf dem Gebiete der Bodenreform im Zusammenhang mit der Siedlung. Es wird bei uns in diesen Fragen noch vielfach zu sehr nach alten Rezepten und mit alten Manuskripten gearbeitet. Nur wenn es gelingt, uns davon frei zu machen und den Dingen unvoreingenommen entgegenzutreten, wenn wir bereit sind, auch diese Probleme zu lösen, wie alle Probleme gelöst werden müssen: sozialistisch und radikal, dann werden wir die Basis dafür schaffen, daß wir mit den Bauern erfolgreich reden. Davon hängt für die Sozialdemokratische Partei, aber auch für Deutschland, sehr viel ab. Ich weiß, daß es heute noch einige Bezirke gibt, in denen diese Arbeit längst nicht so betrieben wird, wie sie nach der tatsächlichen Bedeutung betrieben werden müßte. Ich hoffe, daß es unseren gemeinsamen Anstrengungen gelingt, genügend Sozialdemokraten an diese Arbeit unmitttelbar heranzubringen. Es muß, glaube ich, bis hinunter in jeden Kreisvorstand mindestens einen sozialdemokratischen Funktionär geben, der sich dieser Aufgabe unterzieht. Wir können dafür heute schon sehr viele geeignete und in ihrem Dorf auf Grund ihrer beruflichen Leistungen anerkannte Bauern finden. Wenn wir überall zeigen und beweisen, daß die Sozialdemokratie als Partei aller arbeitenden Menschen auch die Partei aller arbeitenden Bauern ist, werden wir Vertrauen gewinnen. Das schließt ein, daß sie Feind aller derjenigen ist und bleibt, die von der Ausbeutung leben, auch von der Ausbeutung der Bauern. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge Nr. 19 und 21 in der Vorlage Nr. 4 und über den Antrag Nr. 44 in der Vorlage Nr. 6. — Antrag Nr. 18 ist zurückgezogen. Ich schlage vor, die Anträge Nr. 19 und 21 dem agrarpolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung und vor allen Dingen zur Ausarbeitung von Vorschlägen an den Parteivorstand für die notwendigen Aktionen auf den hier erwähnten Gebieten zu überweisen. (Wird einstimmig beschlossen.) Ich schlage vor, den Antrag Nr. 44 der Vorlage Nr. 6 anzunehmen. (Wird einstimmig angenommen.)

Damit ist Punkt 6a erledigt. Wir kommen zu Punkt 6b, die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Das Wort hat der Referent *Dr. Paul Nevermann*.

### Die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie

*Dr. Paul Nevermann, Hamburg*: Genossinnen und Genossen! Ich habe mir als Überschrift für meinen Bericht gewählt: „Den letzten beißen die Hunde.“ Man kann aber auch sagen: „Je später am Parteitag, desto kürzer die Berichte.“ Im Oktober 1940 fand eine erste sozialpolitische Tagung in Bad Gandersheim statt. Die verschiedenen Teilgebiete der Sozialpolitik wurden behandelt, um zunächst einmal eine Schau der Probleme nach der Kapitulation zu gewinnen. Als dann wurde vom Parteivorstand ein sozialpolitischer Ausschuß berufen. Dieser hat die in Gandersheim begonnenen Arbeiten fortgesetzt. In einer Sitzung in Göttingen beschäftigte sich der Ausschuß zunächst mit sozialpolitischen Tagesfragen. Ich will auf die dort gefaßten Beschlüsse nicht eingehen. Sie sind den Bezirken seinerzeit zugegangen und auch in verkürzter Form in dem jetzt vorliegenden Jahrbuch der Partei abgedruckt.